

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **Grundwassermessstellennetz in Mecklenburg-Vorpommern ausbauen**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Das Ziel der Landesregierung, 100 neue Grundwassermessstellen einzurichten, konnte bisher nicht erreicht werden. Um unter anderem die neue Düngeverordnung umzusetzen, ist ein flächendeckendes, aussagekräftiges Netz an Grundwassermessstellen zwingende Voraussetzung.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. schnellstmöglich das Netz an Grundwassermessstellen so auszubauen, dass eine genaue Bestimmung der Gebiete mit zu hoher Nitratbelastung ermöglicht wird. Bei diesem Ausbau sind zur Bestimmung der Standorte für neue Messstellen die örtlichen Agrarbetriebe und die Wasser- und Abwasserzweckverbände des Landes mit einzubeziehen.
2. dem Landtag im ersten Quartal 2020 über die Planungen zum Ausbau des Grundwassermessstellennetzes zu berichten.

**Simone Oldenburg und Fraktion**

**Begründung:**

Deutschland hat durch jahrelanges Nichthandeln die Vorgaben der Europäischen Nitratrichtlinie nicht umgesetzt. Die verschärfte Düngeverordnung von 2017 wurde von der Europäischen Kommission als nicht ausreichend erachtet, um die Vorgaben der Nitratrichtlinie zu erfüllen. Deshalb wurde Deutschland in einem Vertragsverletzungsverfahren 2018 verurteilt. Bei weiteren Verstößen gegen die EU-Nitratrichtlinie drohen Strafzahlungen von täglich bis zu 860.000 Euro. Die erneute Verschärfung der nationalen Düngeverordnung, die ab Mai 2020 gelten soll, stellt gerade kleine und mittlere Agrarbetriebe vor größte Herausforderungen, die die Erträge und Qualitäten der Marktfrüchte, insbesondere in den sogenannten roten Gebieten, deutlich verringern werden und so kaum mehr ein ökonomisches Wirtschaften ermöglichen. Viele Betriebe werden in Existenznot geraten, wenn eine pauschale, ungenaue Ausweisung der sogenannten roten Gebiete in Mecklenburg-Vorpommern erfolgt.

Die Landesregierung steht in der Pflicht, die Landesverordnung zur nationalen Düngeverordnung so zu gestalten, dass sie zielgenau die Einhaltung der Europäischen Nitratrichtlinie ermöglicht, aber praktikable und umsetzbare Regelungen für die Agrarbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern schafft, die nicht existenzgefährdend sind. Dazu ist ein deutlich ausgebaut und verbessertes Netz an Grundwassermessstellen notwendig.